

1. Sachstand

Trifft es zu, dass die Stadt Darmstadt die Einführung von Microsoft 365 / Office 365 plant, insbesondere um das bisherige E-Mail-System GroupWise abzulösen? Wie ist der aktuelle Planungsstand, welche Bereiche sind bereits produktiv, und welcher Zeitplan ist für die weitere Einführung vorgesehen?

Es wurde die Entscheidung getroffen, Microsoft 365 einzuführen. Nach einer Evaluation wurde entschieden, die ersten 50 Nutzerinnen und Nutzer im Rahmen des Fasttracks-Vorgehens auf Outlook und Teams umzustellen. Diese Umstellung ist im August 2026 erfolgreich abgeschlossen worden. Aktuell werden circa 200 weitere Nutzerinnen und Nutzer umgestellt. Dieser Prozess soll bis Ende 2026 abgeschlossen sein. Die weitere Umsetzung und Ablösung von Groupwise sind in einem eigenständigen Projekt geplant, welches die nächsten zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen wird. Das Projekt umfasst hierbei die Einführung von Microsoft 365, was neben Outlook und Teams auch Sharepoint und weitere Komponenten umfasst.

2. Prüfung von Alternativen

Wurden vor dieser Entscheidung Alternativen detailliert und aktiv geprüft? Wenn ja: Welche Lösungen wurden betrachtet, nach welchen Kriterien wurden sie bewertet, und liegt diese Bewertung in dokumentierter Form vor?

Im Rahmen der Evaluierung wurden weitere Alternativen betrachtet. Es ist angedacht, eine weitere souveräne Lösung (Nextcloud, OpenDesk oder SovereignDesk) als Backup-Lösung aufzubauen.

3. ZenDiS und openDesk

Wurde Kontakt zum Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) aufgenommen? Besteht ein aktiver Austausch? Wurde oder wird eine Machbarkeitsprüfung durchgeführt, ob openDesk ganz oder in Teilen — etwa für Groupware und E-Mail — eingesetzt werden könnte, und welche technischen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssten?

Open Source-Ansätze, darunter Nextcloud-basierte Lösungen, wurden im Rahmen der Überlegungen berücksichtigt. Für die Entscheidung ist jedoch nicht allein der Funktionsumfang einer Groupware maßgeblich: Die Wissenschaftsstadt Darmstadt betreibt eine komplexe IT-Landschaft mit einer mittleren dreistelligen Anzahl an Fachverfahren. Microsoft bietet hierfür eine integrierte Plattform für Identitäten, Berechtigungen, Geräteverwaltung, Zusammenarbeit, Sicherheit und Compliance. Ein vergleichbarer Funktionsumfang müsste mit größerem Aufwand über viele Systeme und Schnittstellen hergestellt werden.

Die Entscheidung für Microsoft 365 wurde nicht allein anhand der Funktionen der Groupware getroffen, sondern unter Berücksichtigung der Gesamtarchitektur der Verwaltung. Bei einer

Verwaltung in der Größenordnung der Wissenschaftsstadt Darmstadt ist eine möglichst weitgehend integrierte Plattform von erheblicher Bedeutung. Eine Nextcloud-basierte Lösung würde für einen vergleichbaren Leistungsumfang eine Kombination verschiedener Systeme und Schnittstellen erfordern. Dies erhöht die technische Komplexität, den Integrations- und Betriebsaufwand sowie die Abhängigkeiten zwischen unterschiedlichen Herstellern und Systemen. Microsoft 365 bietet demgegenüber ein durchgängiges Identitäts-, Berechtigungs-, Geräte-, Sicherheits- und Compliance-Modell und reduziert damit die Komplexität der Gesamtarchitektur.

Diese Frage stelle ich auch deshalb, weil die Praxistauglichkeit inzwischen belegt ist: Im Projekt „Cloudbasierte Kommunikation für kritische Infrastrukturen“ (CKKI) haben die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Bundesagentur für Arbeit openDesk gemeinsam mit weiteren Beteiligten als Notfallarbeitsplatz erprobt — mit E-Mail, Chat, Dateiablage und Videokonferenz unter Realbedingungen, über vier getrennte Cloud-Instanzen hinweg und einschließlich eines Anbieterwechsels im laufenden Betrieb. Das Fazit fiel positiv aus. Zwei der größten Sozialversicherungsträger Europas haben openDesk also ausgerechnet für den Szenariofall getestet, in dem sich Darmstadt im Sommer faktisch befand — den Ausfall des primären Kommunikationssystems.

War dieses Ergebnis der Stadt bekannt, und ist es in die Entscheidungsfindung eingeflossen?

Die Erfahrungen anderer öffentlicher Einrichtungen mit openDesk und vergleichbaren Lösungen sind für die weitere Entwicklung grundsätzlich interessant. Organisationen haben unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen für die Einführung entsprechender Systeme. Dabei spielen die bisherige Infrastruktur, Betriebsmodelle und jeweilige Architektur immer eine wesentliche Rolle. Auf die Wissenschaftsstadt Darmstadt lassen sich diese Erfahrungen nicht alle übertragen, weshalb im Rahmen einer Gesamtentscheidung die Einführung von Microsoft 365 die sinnvollere Variante darstellt. Gleichwohl soll eine souveräne Lösung im weiteren Projektverlauf betrachtet werden. Eine Notfalloption zur dauerhaften Nutzung durch Beschäftigte ist für die Wissenschaftsstadt Darmstadt keine Option.

4. Fachverfahren, Dokumentenmanagement und Archiv

Ein häufig genanntes Argument gegen Open-Source-Arbeitsplätze ist die Anbindung der Fachverfahren. Wurde deshalb Kontakt zu den Anbietern der in Darmstadt eingesetzten Fachverfahren aufgenommen, um zu prüfen, ob und mit welchem Aufwand eine Integration mit openDesk beziehungsweise LibreOffice möglich wäre — etwa bei Dokumentenerzeugung, Vorlagen, Serienbriefen und Schnittstellen?

Ausgehend von der Entscheidung für die Einführung von Microsoft 365 werden im weiteren Verlauf auch die Fachverfahren betrachtet. Hier können unterschiedliche Varianten einbezogen werden.

Gleiches gilt für das Dokumentenmanagement- und Archivsystem: Wurde mit dem DMS- beziehungsweise Archivanbieter geklärt, ob eine Anbindung an openDesk und

LibreOffice sowie eine durchgängige Verarbeitung offener Formate (ODF) und eine revisionssichere Langzeitarchivierung unterstützt werden? Falls solche Anfragen gestellt wurden: Welche Rückmeldungen gab es, und liegen diese schriftlich vor? Falls nicht: Auf welcher Grundlage wurde die Integrationsfähigkeit dann bewertet?

Ein Archivierungssystem für die E-Mail-Archivierung ist bereits unabhängig von Microsoft 365 in Einführung.

5. Interkommunale Zusammenarbeit und kommunale Rechenzentren

Hat sich die Stadt mit anderen hessischen Kommunen oder mit Kommunen außerhalb Hessens abgestimmt, um gemeinsam zu handeln — etwa bei Beschaffung, Betrieb oder Migration?

Eine interkommunale Zusammenarbeit findet langjährig über den kommunalen Dienstleister Ekom21 statt, indem eben jene Punkte wie Beschaffung, Betrieb und Migrationserfahrungen berücksichtigt werden.

Wurde darüber hinaus Kontakt zu kommunalen IT-Dienstleistern und Rechenzentren aufgenommen — in Hessen insbesondere ekom21, darüber hinaus etwa Dataport? Gab oder gibt es Überlegungen, gemeinsam mit einem kommunalen Rechenzentrum eine Machbarkeitsstudie zu Betrieb und Hosting einer souveränen Arbeitsplatzlösung durchzuführen? Mehrere dieser Dienstleister betreiben bereits Open-Source-Arbeitsplätze für die öffentliche Hand, sodass Darmstadt hier nicht bei null anfangen müsste.

Der Aufbau einer souveränen Backup-Lösung ist angedacht. Hierfür werden unterschiedliche Optionen im Projektverlauf betrachtet.

6. Regionale Wertschöpfung und Förderung der lokalen IT-Wirtschaft

Darmstadt trägt den Titel „Digitalstadt“ und verfügt mit der TU Darmstadt, dem Fraunhofer SIT, dem Nationalen Forschungszentrum ATHENE, der Hochschule Darmstadt sowie einer dichten Landschaft mittelständischer IT- und Software-Unternehmen über ein IT-Ökosystem, um das viele Kommunen die Stadt beneiden.

Mit Groupwise setzt die Wissenschaftsstadt Darmstadt ein E-Mail-System ein, zu dem es insgesamt wenig Know-how auf dem Markt gibt. Zudem spielen die eigene Infrastruktur und Architektur der städtischen IT eine relevante Rolle. Ein Austausch mit den genannten Institutionen findet zu unterschiedlichen Themen statt.

Vor diesem Hintergrund: Wurde bei der Entscheidung berücksichtigt, wohin das Geld fließt? Lizenzgebühren an einen US-Konzern verlassen den regionalen Wirtschaftskreislauf vollständig. Aufwendungen für Einführung, Anpassung, Integration, Betrieb, Support und Schulung einer offenen Lösung dagegen wären in

erheblichem Umfang an regionale Dienstleister vergebbar — und blieben damit als Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Gewerbesteuer in der Region.

Auch bei der Einführung und dem Betrieb von Microsoft 365 entstehen erhebliche Leistungen außerhalb der reinen Lizenzierung – beispielsweise bei Integration, Migration, Konzeptionierung, Beratung und Schulungen sowie dem Betrieb. Wo vergabe- und beschaffungsrechtlich möglich, können hierfür selbstverständlich regionale und mittelständische Unternehmen zum Einsatz kommen. Die Förderung des IT-Standorts und die technische Architekturentscheidung schließen sich nicht gegenseitig aus. Weiterhin ist zu bedenken, dass Microsoft in der EU, wie andere Unternehmen auch, Steuern zahlt.

Konkret gefragt:

Wurde geprüft, welcher Anteil der Projekt- und Betriebskosten bei einer Open-Source-Variante an Unternehmen aus Darmstadt und Südhessen vergeben werden könnte?

Wurden lokale IT-Unternehmen, die Darmstädter IT-Wirtschaft oder die Digitalstadt Darmstadt GmbH in die Bewertung der Handlungsoptionen einbezogen — etwa über eine Markterkundung nach § 28 VgV?

Wurde eine mittelstandsfreundliche Vergabe mit Losaufteilung im Sinne von § 97 Abs. 4 GWB geprüft, die kleineren regionalen Anbietern eine Beteiligung überhaupt erst ermöglicht?

Die konkrete Ausgestaltung der Vergabe erfolgt unter Beachtung des Vergabe- und Beschaffungsrechts und kann, soweit sachgerecht und zulässig, auch eine Losaufteilung und damit eine Beteiligung kleinerer Anbieter ermöglichen. Eine technische Entscheidung für Microsoft 365 bedeutet daher nicht, dass die Leistungen ausschließlich durch den Hersteller oder einen einzelnen Anbieter erbracht werden müssen. Damit können die technische Architekturentscheidung und das Ziel, den IT- und Digitalstandort Darmstadt durch die Einbindung regionaler Unternehmen zu stärken, miteinander verbunden werden.

Und wie verträgt sich eine Lizenzentscheidung zugunsten eines einzelnen US-Anbieters mit dem Anspruch der Stadt, als Digitalstadt auch Standortförderung für die eigene IT- und Cybersecurity-Branche zu betreiben?

Die Lizenzentscheidung für Microsoft 365 steht nicht im Widerspruch zum Anspruch der Stadt, den IT- und Cybersecurity-Standort zu fördern, da die Lizenzierung nur einen Teil der Gesamtleistungen ausmacht. Für Einführung, Migration, Integration, Beratung, Schulung und Betrieb können – im Rahmen des Vergaberechts – regionale und mittelständische Unternehmen eingebunden werden. Damit besteht auch bei einer Entscheidung für einen US-Anbieter die Möglichkeit, einen erheblichen Teil der Wertschöpfung in der Region zu halten und die lokale IT-Wirtschaft zu stärken.

7. Kosten und Preisentwicklung

Mit welchen Gesamtkosten für Microsoft-Lizenzen rechnet die Stadt Darmstadt — jährlich und über die geplante Vertragslaufzeit? Wie werden dabei die erheblichen

Preissteigerungen berücksichtigt, die Microsoft in den vergangenen Jahren gegenüber der öffentlichen Hand durchgesetzt hat?

In Bayern stiegen die Lizenzkosten des Freistaats zwischen 2020 und 2025 laut Landtagsdrucksache um über 60 Prozent, von rund 30 auf knapp 50 Millionen Euro; Bundesbehörden kalkulieren nach Berichterstattung bereits mit bis zu 40 Prozent Mehrausgaben. Wurde eine Vollkostenrechnung über zehn Jahre — inklusive absehbarer Preisanpassungen, Lizenzbündelung und Supportmodell — im Vergleich zu einer Open-Source-Variante erstellt?

Im Rahmen einer überschlägigen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung über einen Zeitraum von fünf Jahren wurden die zu erwartenden Gesamtkosten einer Nutzung von Microsoft 365 E5 mit einer Open-Source-basierten Alternative verglichen. Dabei wurden neben den reinen Lizenzkosten insbesondere auch die Aufwendungen für Einführung, Migration, Betrieb, Administration, Support, Wartung, Sicherheitsmaßnahmen, Backup, Monitoring und Schulung berücksichtigt.

Die Betrachtung zeigt, dass bei einer Kommune mit rund 2.800 Nutzerinnen und Nutzern durch einen Wechsel zu Open Source keine wesentliche Kostenersparnis zu erwarten ist. Zwar entfallen bei Open-Source-Produkten die klassischen Lizenzkosten, die für ein mit Microsoft 365 E5 vergleichbares Sicherheits- und Funktionsniveau erforderlichen zusätzlichen Aufwendungen sind jedoch erheblich. Insbesondere müssen Funktionen für Identitätsmanagement, Mehrfaktor-Authentifizierung, Endpoint-Security, zentrale Protokollierung und Überwachung, SIEM/Security Monitoring, Datenschutz und Compliance, Backup sowie laufende Sicherheitsupdates und professionellen Support eigenständig aufgebaut und dauerhaft betrieben werden.

Damit verschiebt sich ein wesentlicher Teil der bei Microsoft in der E5-Lizenz bereits gebündelten Leistungen in die Bereiche Personal, Infrastruktur, Betrieb und externe Dienstleistungen. Zusätzlich entstehen bei einer Migration zunächst erhebliche einmalige Kosten für Planung, Implementierung, Datenmigration, Anpassung der Fachverfahren und Schulung der Beschäftigten.

Unter der Annahme, dass auch mit der Open-Source-Lösung das für die Kommune erforderliche Sicherheits- und Schutzniveau vollständig gewährleistet werden muss, reduziert sich der Kostenvorteil gegenüber Microsoft 365 E5 daher deutlich. Eine einfache Gegenüberstellung der Lizenzkosten würde die tatsächlichen Gesamtkosten nicht sachgerecht abbilden.

Die überschlägige Berechnung kommt somit zu dem Ergebnis, dass Open Source zwar grundsätzlich eine Alternative darstellen kann, bei gleichzeitiger Forderung nach einem hohen Sicherheits-, Datenschutz- und Compliance-Niveau jedoch keine erhebliche finanzielle Ersparnis gegenüber Microsoft 365 E5 zu erwarten ist. Entscheidend für die Wirtschaftlichkeit sind letztlich die über den gesamten Lebenszyklus anfallenden Gesamtkosten (Total Cost of Ownership) und nicht allein die Softwarelizenzkosten.

8. Microsoft Copilot und KI

Sind Microsoft Copilot beziehungsweise KI-Funktionen Teil der Planung oder des Lizenzmodells? Ich frage, weil sich hier ein bekanntes Muster abzeichnet: KI-Funktionen werden zunächst günstig oder kostenfrei ausgerollt und bei Vertragsverlängerung eingepreist. Wenn Verwaltungsprozesse erst einmal auf diesen Funktionen aufsetzen, entsteht eine Abhängigkeit, aus der ein Ausstieg praktisch kaum noch möglich ist. Wie bewertet die Stadt dieses Risiko, und welche Exit-Strategie ist vorgesehen?

Derzeit ist der Einsatz von Microsoft Copilot oder anderen KI-Funktionen kurzfristig nicht geplant und somit nicht Bestandteil der vorgesehenen Einführung. Aktuell wird eine städtische KI-Verordnung erarbeitet, die den zukünftigen Einsatz von KI regeln soll. Jede künftige Einführung von KI-Anwendungen wird im jeweiligen Projekt unter anderem auf Datenschutz, Informationssicherheit und die Anforderungen des EU AI Act geprüft; eingesetzt werden ausschließlich konforme Lösungen. Dadurch sollen auch Abhängigkeiten und mögliche Lock-in-Effekte bei zukünftigen KI-Anwendungen frühzeitig berücksichtigt werden.

9. Einordnung im bundesweiten Kontext

Andere öffentliche Stellen gehen einen anderen Weg: Schleswig-Holstein migriert seine Landesverwaltung schrittweise auf Open-Source-Lösungen, Bayern hat einen geplanten Microsoft-Rahmenvertrag gestoppt und arbeitet an einem „souveränen Basisarbeitsplatz“, und openDesk ist unter anderem beim Robert Koch-Institut, in Teilen der Bundeswehr und beim Internationalen Strafgerichtshof produktiv im Einsatz — ergänzt um die oben genannten Ernstfalltests von Rentenversicherung und Bundesagentur für Arbeit. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich zudem darauf verständigt, bis März 2027 digital souveräne Alternativen an Verwaltungsarbeitsplätzen bereitzustellen. Wie ordnet die Stadt Darmstadt ihre Entscheidung in diesen Rahmen ein — gerade als Kommune, die sich als „Digitalstadt“ positioniert und ein Zentrum für Cyber-Resilienz anstrebt?

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt verfolgt die bundesweite Entwicklung rund um digitale Souveränität und alternative Arbeitsplatzlösungen aufmerksam. Dabei gibt es nicht den einen, für alle öffentlichen Verwaltungen gleichermaßen geeigneten technischen Weg: Bestehende IT-Landschaften, Fachverfahren, personelle Ressourcen und Anforderungen an Betrieb und Informationssicherheit unterscheiden sich erheblich.

Für Darmstadt ist Microsoft 365 derzeit der geeignete Weg, eine teilweise über viele Jahre gewachsene Infrastruktur durch eine moderne, integrierte und nachhaltig betreibbare Plattform abzulösen. Digitale Souveränität verstehen wir dabei nicht als Festlegung auf einen einzelnen Hersteller oder ausschließlich auf Open Source, sondern insbesondere als die Fähigkeit, Technologie bewusst auszuwählen, Abhängigkeiten zu kennen und Handlungsfähigkeit zu erhalten. Deshalb soll ergänzend auch der Aufbau einer souveränen und unabhängigen Rückfalllösung im weiteren Projekt berücksichtigt werden.

